

Pilotprojekt Bike Flashes auf Eis gelegt

Das Frühwarnsystem, das Abbiege-Unfälle verhindern soll, ist juristisch nicht geprüft.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Auf eine Anlage für mehr Sicherheit von Radfahrern werden die Zweifradfahrer in Wermelskirchen noch warten müssen: auf sogenannte Bike-Flashes, mit denen Abbiegeunfälle an gefährlichen Kreuzungen verhindert werden sollen. „Die Behörden prüfen noch, ob die Anlage eine Lichtsignalanlage ist oder ob sie juristisch anders zu bewerten ist“, sagte Tiefbauamtsleiter Harald Drescher in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr.

Die WNKUWG hatte in ihrem Antrag die Installation eines solchen Frühwarnsystems angeregt. Anlass dafür waren auch die schlechten Noten, die der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) Wermelskirchen in Sachen Fahrradfreundlichkeit erteilt hat. Radler, die bei Unfällen mit Pkw und Lkw keine Knautschzone haben, fühlen sich in der Stadt im Straßenverkehr nicht sicher.

Laut Statistik ereignen sich 40 Prozent aller Radunfälle beim Abbiegen. Nimmt der Radverkehr auch in Wermelskirchen zu, bestehe Handlungsbedarf, argumentiert die WNKUWG. Ein Element könnten Bike Flashes sein: Die Anlage warnt Lastwagen- und Autofahrer beim Abbiegen, dass ein Radfahrer rechts

an ihnen vorbeifährt. Er wird von einer Wärmebildkamera erkannt. Ein Sensor setzt automatisch vier in unterschiedlichen Höhen befestigte LED-Lichtbögen in Betrieb. Ein Blinklicht weist das rechts abbiegende Fahrzeug auf den Radfahrer im toten Winkel hin. Gleichzeitig wird auf einem kleinen Monitor der Radfahrer vor dem Rechtsabbieger gewarnt.

Die Stadt Wesel hatte solch eine

Anlage geplant, nach Aussagen von Drescher aber auch wegen der juristischen Unsicherheit auf Eis gelegt, obwohl sich an einer Kreuzung ein Abbiegeunfall ereignet hatte, bei der eine Radfahrerinnen starb. „Eine solche Anlage gibt es nur in Garbsen, die als Pilotprojekt läuft“, berichtete Drescher. Im Übrigen gebe es in Wermelskirchen keinen Lkw-Verkehr mit vergleichbaren Abbiege-Situationen wie an der B70 in Wesel.



Das Warnsystem „Bike-Flash“ überwacht den toten Winkel von Fahrzeugen durch Wärmesensoren bis zu einer Entfernung von 40 Metern.

FOTO: DPA

Politiker diskutieren über Personal-Benchmarking

WERMELSKIRCHEN (sng) Da er die Personalkosten betrifft, verwies der Zukunftsausschuss das Papier in den Haupt- und Finanzausschuss (HuF). Der einigte sich auf einen Gesprächstermin zwischen der Stadtverwaltung und je einem Fraktionsvertreter. Es geht um Benchmarking. Mit diesem Begriff aus der freien Wirtschaft ist das Festsetzen von Standards und damit verbundenen Kosten über einen bestimmten Zeitraum gemeint. Der Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, WNKUWG und Bürgerforum zielt auf die Personalkostenentwicklung in der Stadtverwaltung ab. In der Sitzung stellte Stefan Janosi (Grüne) fest: „Benchmarking ist nicht kostenneutral. Es kann ein sinnvolles Instrument sein, aber Wirtschaftsunternehmen kaufen sich solche Kennzahlen von Fachleuten für viel Geld zu.“

Ähnlich bewertete Jochen Bilstein (SPD) den Antrag: „Einerseits wird Sparen angemahnt, andererseits kommen kostenintensive Vorschläge auf den Tisch – das passt nicht zusammen.“ Jürgen Mandlera (FDP) verteidigte den Antrag, Benchmarking koste Geld: „Aber wenn wir das nicht anschieben, können wir langfristig nichts gewinnen.“ Henning Rehse (WNKUWG) setzte auf ein Beispiel: „Die Öffnungszeiten im Hallenbad könnten wir vielleicht verbessern, wenn wir uns am Bei-

spiel Burscheid orientieren, wo es besser läuft.“ Hauptamtsleiter Jürgen Scholz betonte, dass andere Kommunen erfahrungsgemäß keine Kennzahlen preisgeben: „Jeder Benchmark ist nur so gut, wie er beschrieben und begründet ist.“ Eine Umsetzung des Antrags sei mit dem vorhandenen Personal nicht möglich. Bürgermeister Rainer Bleek erinnerte an eine frühere falsche Behauptung, Wermelskirchen habe die teuerste Feuerwehr: „Wir haben damals mit anderen Kommunen Erfahrungswerte und Kennzahlen ausgetauscht. Letztlich ließ sich trotz hohem Arbeitsaufwand kein belastbarer Vergleich herbeiführen, weil Anforderungen und Strukturen in den Städten zu unterschiedlich sind.“ Der HuF war sich einig dass Benchmarking nichts Schlechtes ist, der Knackpunkt liege in der Erarbeitung der notwendigen „Messlatten“.

„Wir sind dabei, in der Verwaltung die Digitalisierung aufzubauen. Das bindet erst einmal Personal. In zehn Jahren setzt die Digitalisierung vielleicht Kapazitäten frei.“ Die Politik sollte das Gesprächsangebot von Jürgen Scholz nutzen, meinte der CDU-Fraktionsvorsitzende Christian Klicki. Und Henning Rehse bilanzierte: „Ergebnis des Gesprächs muss sein, was mit vorhandenem Bordpersonal leistbar ist und was nicht.“

BH
03.07
2019

Wächst Wermelskirchen auf 40.000 Einwohner?

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Wachsen, stagnieren oder schrumpfen? Der neu gebildete Zukunftsausschuss, der politische Beschlüsse vorbereiten will, beschäftigte sich in seiner jüngsten Sitzung mit einer Kernfrage für die nächsten Jahre und Jahrzehnte: Soll die Einwohnerzahl Wermelskirchens steigen, und setzt die Stadt dafür gezielte Wachstumsimpulse oder gibt man sich mit der derzeitigen Einwohnerzahl von rund 34.000 zufrieden?

„Wir sind cool, für Mietwohnungen stehen die Interessenten hier Schlange - anders als in Remscheid“

Oliver Platt
Bürgerforum

Über das Für und Wider wurde heftig diskutiert. Fazit: Grüne und SPD warnten vor Flächenfraß und einem Zubetonieren der Stadt, die Politiker der bürgerlichen Fraktionen wollen die Zahl 40.000 Einwohner erreichen. Sie verabschiedeten mit Mehrheit zwei Anträge, in denen es um Wachstumsziele geht.

Bereits im April stellte die WNKUWG den Antrag, dass die Verwaltung Flächenpotenziale für Wohnbau aufzeigen solle. „Wir wollen keinen Flächenfraß, sondern mehr Wohnraum durch Nachverdichtung, Aufstocken und Flächenrecycling erreichen“, sagte Thorn Seidel (WNKUWG). Mit dem Wachs-



BH 03.07.2014

Die bürgerlichen Fraktionen CDU, FDP, WNKUWG, BüFo wollen bis zum Jahr 2040 möglichst diese Marke erreichen und jetzt schon Weichen dafür stellen. So soll weiteres Bauland bereit gestellt werden.

Wermelskirchen als wachsende Kleinstadt wünschen sich die Fraktionen aus dem bürgerlichen Lager. Für rund 6000 Einwohner mehr müssten die Infrastruktur ausgebaut werden.

tum solle mehr Lebensqualität und mehr Infrastruktur wie Kitas und Schulen in der Stadt geschaffen werden. Darüber hinaus stellten CDU, FDP, WNKUWG und BüFo einen gemeinsamen Ergänzungsantrag zu dem Thema, in dem die Planziele des Wachstums in den einzelnen Stadtteilen – Wermelskirchen-Innenstadt, Dabringhausen und Dhünn – aufgeführt und Infrastruktur-Ziele genannt werden.

CDU-Fraktionsvorsitzender Christian Klicki ist ein starker Befürworter des Wachstums: „Unser Ziel ist, dass Wermelskirchen eine wachsende Stadt wird. Sie muss attraktiv sein, um im Wettbewerb um junge Menschen, die sich Mieten und Immobilien in Großstädten nicht leisten können, bestehen zu können.“

Mehr Einwohner bescherten ein Plus an Steuereinnahmen, Schlüs-

selzuweisungen des Landes, höhere Schulpauschalen, nannte er finanzielle Vorteile. Dass Wermelskirchen selbstbewusster auftreten und mutiger sein sollte, meinte nicht nur Klicki, sondern auch Oliver Platt (Bürgerforum). „Wir sind cool, für Mietwohnungen stehen die Interessenten hier Schlange – anders als in Remscheid.“ Er finde die 40.000-Markte etwas plakativ, sei aber froh,

dass es stabile Mehrheiten für ein Wachstum gibt. Dass Wachstum abzulehnen, bedeute doch am Ende das Signal „Ihr kommt hier nicht hin“. Aber laut Regionalplaner Raimar Molitor drängen die Menschen aus der Rheinschiene in die Randgebiete. „Die Leute kommen, ob man will oder nicht. Der Trend ist nicht aufzuhalten“. Er sehe keinen Widerspruch zwischen Wachstum

und ökologischer Ausgewogenheit. Sie aber gezielt anzuwerben und Baugrundstücke um jeden Preis zur Verfügung zu stellen, um Menschen aus Köln und Düsseldorf anzulocken, sei der falsche Weg, meinte Sebastian Fürsich (SPD). „Um 40.000 Einwohner zu erreichen, müsste die Stadt zubetoniert werden.“ Damit ginge ein Standortvorteil verloren, der für viele ganz entscheidend

bei der Wahl der Wohnstandorts ist: die Nähe zur Natur. Auch die Grünen sehen das Wachstumsziel kritisch und lehnen es ab. Frank Kaluscha: „Das ist alles à la 70er Jahre.“ Wenn Wachstum, dann sollte es ein gesundes, vernünftiges und ökologisch vertretbares Wachstum sein, ergänzte sein Fraktionskollege Jörg Hucklenbroich.

Genau das will auch die CDU nicht, konterte Klicki. „Auch wir wollen keine Plattenbauten.“ Er sehe die Situation aus der Perspektive junger Menschen, die eine Familie gründen wollen, ein Baugrundstück suchen, hier nichts finden und abwandern. Außerdem müssen sich Städte, was das Wohnraumangebot anbelangt, auch deshalb gut aufstellen, weil Unternehmen sonst noch größere Probleme haben, Fachkräfte zu finden. Fakt sei, dass junge Leute die Immobilienpreise in den Großstädten nicht bezahlen könnten.

Im nicht-öffentlichen Teil zeigte die Verwaltung Flächenpotenziale auf, deren Bebaubarkeit aber noch genauer geprüft werden müsse, sagte Thomas Marner, Technischer Beigeordneter, auf Nachfrage unserer Redaktion.

INFO

Alle drei Stadtteile sollen wachsen

Planziele Die Antragsteller haben eine Tabelle mit Planzielen erstellt, in welchen Zeiträumen die drei Stadtteile wachsen sollen: bis 2030 soll Wermelskirchen 28.450, Dabringhausen 6700 und Dhünn 3050 Einwohner haben. Die Zahlen für 2040: 29.850 (Wk), 6900 (Dabr.), 3250 (Dh.).

Wohnraumbedarf Um allein die derzeitige Einwohnerzahl halten zu können, müssen laut Berechnungen von Experten pro Jahr 70 neue Wohneinheiten geschaffen werden.

WNK/UWG möchte Kontrolle in Hüpp-Anlagen

Es komme in letzter Zeit immer wieder zu Vandalismus. Auch Lagerfeuer würden Gäste dort entzünden.

WKA
12.04.

Von Anja Carolina Siebel

Die so genannten Hüpp-Anlagen in der Wermelskirchener Innenstadt bereiten den Ortspolitikern der Fraktion WNK/UWG Sorge. Nicht zuletzt durch die Spielgeräte im oberen und mittleren Teil der Grünanlage sei eine Akzeptanz der Grünanlage bei der Bevölkerung gelungen, die man vor Jahren kaum vermutet hätte. „Getrübt wird dieser positive Effekt durch Zeitgenossen, die es mit der Hüpp-Anlage und den Anwohnern nicht gut meinen“, schreibt Stefan Kind von der Fraktion.

Seine Forderung: Polizei und Ordnungsamt sollten vor allem abends und nachts Kontrolle durchführen. Vandalismus und Rüpelein im Park hätten sich verschärft, findet die WNK/UWG: So seien vor kurzem die Spielgeräte im oberen

Teil der Anlage mit Graffiti besprüht worden. Ebenso sei es „nur den engagierten Mitarbeitern des Bauhofs und einem rührigen Bürger aus der Lui-

senstraße zu verdanken, dass der achtlos weggeworfene Unrat sich immer noch im Rahmen“ halte. Dennoch bemerke man eindeutig, dass hochpro-

zentige Spirituosen in der Hüpp-Anlage konsumiert würden, schreibt Kind.

Zudem fänden sich dort immer wieder angekockelte Äste von Bäumen, die auf Lagerfeuer hindeuten. Kind: „Wegen des heißen Sommers und des herumliegenden, getrockneten Grünschnitts gibt uns diese Entwicklung sehr zu denken. Es besteht eine dauerhafte Brandgefahr in diesem Bereich.“

Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigten Negatives

All das sei seit einiger Zeit, vorwiegend in den Abend- beziehungsweise Nachtstunden der Sommermonate vorgekommen. „Das sind natürlich Uhrzeiten, in denen der kommunale Ordnungsdienst der Stadt Wermelskirchen regulär nicht mehr tätig ist“, räumt Stefan Kind ein. Erfahrungen aus an-

deren Kommunen würden aber zeigen, dass Parks „verloren gehen“, wenn nicht sofort konsequent eingeschritten werde. Kind: „Fühlen sich die aufrichtigen Bürgerinnen und Bürger aufgrund der genannten abendlichen Ereignisse auch am Tage nicht mehr wohl, werden alle Vorhaben des beschlossenen Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes für die Hüpp-Anlage erfolglos sein.“

Aus diesem Anlass rege die WNK/UWG-Fraktion an, dass sich die Polizei und das Ordnungsamt der Stadt Wermelskirchen in „einer konzertierten Aktion“ dieser Probleme einmal annähmen – und entsprechend in regelmäßigen Abständen abends und nachts entsprechende Kontrollen dauerhaft durchführen würden. » Standpunkt



Ein abgebrannter Ast deutet für die Ortspolitiker darauf hin, dass in den Anlagen Lagerfeuer gezündet werden. Foto: Kind

STANDPUNKT

Es müssen Angebote her

Von Anja Carolina Siebel

Die so genannten Hüpp-Anlagen, jeder Wermelskirchener kennt die Parkanlage an der Berliner-/ Dhüner Straße unter diesem Namen, waren eigentlich immer schon Treffpunkt für alle möglichen Gruppen von Menschen. Tagsüber spielen Kinder auf dem Spielplatz, Mütter treffen sich dort. Und in den Abendstunden, vor allem in den Ferien, treffen sich Ältere, vorwiegend Jugendliche dort. Im Grunde ist es ähnlich wie im Dorf-park in Dabringhausen. Die Fläche wird genutzt; das gefällt nicht jedem. Keine Frage: Lärmbelästigung oder gar Zerstörung, Vandalismus und Lagerfeuer gehen dort einfach nicht, belästigen und gefährden Anwohner und sind nicht tolerabel.

Das Problem ist allerdings nicht neu. Und vielleicht sollte die Stadt eher grundsätzlich überlegen, wie sie neue Anreize für Jugendliche auch in den Abendstunden schafft. Das gilt dann auch für Dabringhausen, von wo ähnliche Beschwerden kamen. Polizei oder Ordnungsamt auf Streife zu schicken, kann punktuell hilfreich sein, wäre langfristig aber sicher eher ein falsches Signal. Denn es müssen neue Angebote her, keine Verbote und Restriktionen.

» WNK/
UWG ...



anja.siebel
@rga-online.de

Vandalismus und Trinkgelage

BH
15.07.

Die WNKUWG macht auf Missstände in der Hüppanlage aufmerksam.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Die Hüppanlage, die als grüner Streifen bis in die Innenstadt führt, gilt als ein Kleinod. Familien, Senioren und vielen andere Gruppen besuchen sie häufig, vor allem bei schönem Wetter. Nicht zuletzt durch die Spielgeräte im oberen und mittleren Teil der Grünanlage ist eine Akzeptanz gelungen, die man vor Jahren kaum vermutet hätte. „Allerdings werde der positive Effekt durch Zeitgenossen, die es mit der Hüppanlage und den Anwohnern nicht gut meinen. Dies allerdings zu anderen Tageszeiten“, wendet sich die WNKUWG (Wermelskirchener Neue Kommunalpolitik – Unabhängige Wählergemeinschaft) mit einer schriftlichen Anregung an Landrat Stephan Santelmann und Bürgermeister Rainer Bleek, den Bereich verstärkt kontrollieren zu lassen.

So seien vor kurzem die Spielgeräte im oberen Teil mit Graffiti besprüht worden. Ebenso sei es nur den engagierten Mitarbeitern des Bauhofs und einem rührigen Bürger aus der Luisenstraße zu verdanken, dass der achtlos weggeworfene Unrat sich immer noch im Rahmen hält. „Dennoch bemerkt man eindeutig, dass hochprozentige Spirituosen in der Hüppanlage konsumiert werden. Neben der Aus-

weitung dieser ‚Trinkkultur‘ findet man angekohlte Äste von Bäumen, die den Verdacht erhärten, dass hier der Versuch unternommen wurde, Lagerfeuer zu entfachen. In Anbetracht des heißen Sommers und des herumliegenden, getrockneten Grünschnitts gibt uns diese Entwicklung sehr zu denken“, teilt die WNKUWG mit. Sie befürchtet angesichts der langen Trockenheit eine Brandgefahr. Aus diesem Anlass rege die WNKUWG-Fraktion an, dass sich Polizei und das Ordnungsamt der Stadt Wermelskirchen in einer



Unbekannte kokelten Bäume an und hinterlassen Müll. FOTO: WNKUWG

konzertierten Aktion dieser Probleme annehmen und in regelmäßigen Abständen abends und nachts entsprechende Kontrollen dauerhaft durchführen.

„Von Seiten der Anwohner wird mir ebenso von Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (Handel mit Drogen sowie deren Besitz) berichtet“, schreibt Stephan Kind, Wahlkreisbetreuer der WNKUWG. „Dieses negative Verhalten in Summe bemerken wir seit einiger Zeit, vorwiegend in den Abend- und Nachtstunden der Sommermonate. Dies sind natürlich Zeiträume, in denen der kommunale Ordnungsdienst der Stadt Wermelskirchen regulär nicht mehr tätig ist“, erklärt Kind.

Diese traurige Entwicklung stehe zwar noch in den Anfängen. Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigten aber, dass Parks „verloren gehen“, wenn nicht sofort konsequent eingeschritten wird. Fühlen sich die aufrichtigen Bürger auch am Tage nicht mehr wohl, werden alle Vorhaben des beschlossenen Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepts (IHEK) für die Hüppanlage erfolglos sein, schätzt die WNKUWG. Denn der Park soll in einen Ort der Entspannung, des Spiels und Sports umgewandelt und aufgewertet werden. Dafür Fördergelder sollen beantragt werden.

SPD: Rat soll Henning Rehse rügen

NBA
15.07.

Kommentare des Fraktionsvorsitzenden der WNK/UWG auf Facebook seien fremdenfeindlich.

Von Anja Carolina Siebel

Der Rat der Stadt rügt die Kommentare des Vorsitzenden der Fraktion WNK/UWG, Henning Rehse, die er im Juli auf der Internetplattform Facebook im Zusammenhang mit der Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen auf dem Mittelmeer geäußert hat. Darauf weist Jochen Bilstein, Fraktionsvorsitzender der SPD, hin. Die Kommentare seien diskriminierend und fremdenfeindlich. Deshalb bittet Bilstein Bürgermeister Rainer Bleek, einen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu stellen. Dieser sieht vor, dass der Rat Rehse für seine Äußerungen rügt.

Rehse behaupte in seiner auf Facebook verbreiteten Stellungnahme, dass es Kreise in Deutschland gebe, die Menschen, bewusst nach Deutschland und nach Europa holen, um die Bevölkerung hier in Deutschland und in Europa in ihrer Zusammensetzung zu verändern. Bilstein: „Herr Rehse vertritt damit eindeutig eine der Kernthesen der identitären Bewegung, die gerade vom Bundesamt für Verfassungsschutz unter Beobachtung gestellt wurde.“

Im Zusammenhang mit dieser Aussage und eng verknüpft mit der Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten



Jochen Bilstein (SPD, rechts) kritisiert die Äußerungen von Ratsmitglied Henning Rehse. Archivfotos: Roland Keusch

aus nicht europäischen Ländern spreche die identitäre Bewegung von einem angeblich gewollten „Austausch“ der einheimischen Bevölkerung, der strikt abgelehnt werde.

Bilstein: Das ist nicht die erste Äußerung Rehses in dieser Art

Genau diese Auffassung vertrete Rehse als Ratsmitglied. Mit seiner Äußerung würden Menschen mit außereuropäischer

Herkunft von demokratischen Teilhaben ausgeschlossen und in einer ihre Menschenwürde verletzenden Weise diskriminiert.

Jochen Bilstein erklärt: „Ein solches Verhalten, das bei dem ersten Mal auf Facebook zu beobachten ist, darf ein Rat, dessen Grundlage neben der Gemeindeordnung auch die Verfassung unseres Landes mit

dem Artikel 1– „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – ist, nicht unwidersprochen lassen.“

Am Montag, 7. Oktober, wird der Wermelskirchener Stadtrat wieder zusammentreffen. Ab 17 Uhr wird im Großen Saal des Bürgerzentrums beraten – dann wahrscheinlich auch über den Antrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Jochen Bilstein.



Ob die Äußerungen Henning Rehse bei Facebook nun im Rat behandelt werden, ist noch offen.

W6 A 16.07.2019

Foto: Herbert Draheim

Rehse: Politiker kritisieren Äußerungen

Ein Fall für den Rat sei die Sache jedoch nicht, findet die Mehrheit. Dr. Christian Klicki schlägt Diskussion im Ältestenrat vor.

Von Anja Carolina Siebel

Es war höchste Zeit, findet Jochen Bilstein. Zeit, jene Äußerungen in den lokalen sozialen Netzwerken öffentlich zu machen und zu bewerten, die der WNK/UWG-Fraktionsvorsitzende Henning Rehse in der Vergangenheit kundgetan hat. Wie berichtet, hatte Bilstein den Rat beauftragt, Rehse für fremdenfeindliche Kommentare im Netz zu rügen.

Rehse hatte in einem seiner Facebook-Statements zur Seenotrettungsaktion von Migranten auf dem Mittelmeer auf der Seite „Politik für Wermelskirchen, Deutschland und die Welt“ wortwörtlich geschrieben: „Es geht ausschließlich darum, dass bestimmte Kreise Menschen um jeden Preis nach Deutschland holen wollen, um hier und in Europa in ihrem Sinne die Zusammensetzung

der Bevölkerung zu verändern.“

Laut Bilstein vertritt Rehse damit die Meinung der vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung. Weil Henning Rehse als Fraktionsvorsitzender der WNK/UWG, Mitglied einer demokratischen Partei und Ratsmitglied sei, trage er öffentlich Verantwortung, sagt Bilstein. „Es ist etwas anderes, ob ein Bürger eine solche Meinung im sozialen Netzwerk vertritt, oder ein Kommunalpolitiker“, sagt Jochen Bilstein.

„Belustigt“ betrachtet indes der Fraktionsvorsitzende der WNK/UWG nach eigener Aussage „das Treiben“ des SPD-Fraktionsvorsitzenden, Jochen Bilstein, und seiner „Sympathisanten“.

„Ganz entspannt werde ich in die nächste Ratssitzung ge-

STADT WILL PRÜFEN

VERWALTUNG Von Bürgermeister Rainer Bleek gab es erst einmal nur ein verhaltenes Statement zu dem Antrag der SPD-Fraktion um Jochen Bilstein. „Wir müssen erst einmal prüfen, wie wir damit umgehen“, sagte Bleek auf Nachfrage. Grundsätzlich könne der Rat jedes Thema auf die Tagesordnung nehmen und darüber verhandeln. Noch gebe es aber keine Marschroute.

hen, zunächst aber erst einmal abwarten, ob der Antrag überhaupt die juristischen Hürden einer Befassung im Rat schafft“, schreibt Rehse, der künftig seine Stellungnahmen gegenüber der Presse nur noch schriftlich abgeben wolle. Er hoffe dies allerdings und freue sich, „dass dann ein wichtiges und kontroverses gesellschaftliches Thema vor dem höchsten Auditorium der Stadt und einer breiten Öffentlichkeit

diskutiert wird.“ Insbesondere die Grünen würden in der Sitzung „umfangliche Zitate ertragen müssen“, die seine Ausführungen „in erschreckender Weise belegen“, so Rehse. Und weiter: „Die übliche Masche von Links-Grün, Worte aus dem Zusammenhang zu reißen, sie nach Belieben zu verdrehen, Empörung zu stiften, um den Urheber der Ausführungen einzuschüchtern und mundtot zu machen, werden bei mir sicher nicht erfolgreich sein.“

Auch für Jürgen Manderla (FDP) seien die Äußerungen Henning Rehses nicht akzeptabel. „Was ich aber auch nicht tun werde: Den Rat dazu missbrauchen, um jemandem den Mund zu verbieten“, sagt Manderla. „Ich beabsichtige auch nicht, Rehse eine Plattform zu bieten, um sich am Thema weiter auszutoben. Von mir aus können wir im Rat über das Thema insgesamt kontrovers diskutieren. Aber ihn per Antrag zu rügen, das ist nach mei-

ner Meinung die Vorstufe zum Maulkorb.“ Dr. Christian Klicki (CDU) schlägt vor, die Sache im Ältestenrat zu besprechen: „Ich denke, dass eine Person des öffentlichen Lebens, die Herr Rehse ist, sich überlegen sollte, solche Verschwörungstheorien zu veröffentlichen. Und ich halte es auch für nicht akzeptabel, demokratische Parteien wie die Grünen öffentlich zu diskriminieren. Aber wir sollten das im kleinen Kreis diskutieren und zu einer Entscheidung kommen.“

Janosi: „Das ist fischen am rechten Rand.“

Stefan Janosi (Grüne) findet schärfere Worte: „Wir schließen uns dem Antrag der SPD ganz klar an. Mit seinen Kommentaren möchten Herr Rehse und einige seiner Fraktionskollegen ganz klar am rechten Rand fischen und AfD-Wähler für sich gewinnen. Das kann aber nicht die Meinung der breiten Bevölkerung sein und verschreckt bürgerliche Wähler eher.“

Bornhold ^{WGA 18.07.} äußert sich zu „Fall Rehse“

Rüdiger Bornhold von der WNK/UWG äußert sich zu den Vorwürfen gegen den Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse. Wie berichtet, hatte Bilstein Rehse wegen einer Äußerung im sozialen Netzwerk scharf kritisiert, die Bilstein als massiv fremdenfeindlich einstuft. „Der Bürgermeister wird wohl prüfen, ob die Sache in die Zuständigkeit des Rates fällt, über einen Antrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden zu befinden“, schreibt Bornhold. „Und dann hat immer noch der Rat zu entscheiden, ob er sich mit einer solchen Schmutzbewertung überhaupt befassen will.“

Er meine, der Rat habe „wichtigere Dinge zu tun.“ Es gebe viele von der WNK/UWG eingebrachte Themen. „Wir kümmern uns vor Ort um die Dinge, die die Bürger betreffen. Und der Bürger erwartet zu Recht, dass die Fraktionen gute Arbeit leisten und nicht wie die SPD aus Mangel an Ideen andere mit Böswilligkeiten zu diffamieren suchen.“

acs

Fall Rehse: Rüge des Rates ist nicht möglich

WFA

14.07.
2019

Jochen Bilstein (SPD) möchte aber in den Gremien über den Facebookauftritt des Ortspolitikers reden.

Von Anja Carolina Siebel

Eine Sache für den Rat wird die Kritik an Henning Rehse wohl nicht werden. Das teilt SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Bilstein am Donnerstag in einem Schreiben mit.

Nach Auffassung der Verwaltung sei eine Rüge des Rates aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Das gelte es zu akzeptieren, schreibt Bilstein. „Wie wir aber mit der Thematik umgehen, werden wir sicher in den geeigneten politischen Gremien noch besprechen“, sagt der SPD-Mann.

Und: „Ich bin auch gerne bereit, meine Kritik in einer öffentlichen Veranstaltung mit Herrn Rehse zu diskutieren. Meiner Fraktion und mir ging es vornehmlich darum, den Henning Rehse außerhalb der Öffentlichkeit von Rat und Ausschüssen der Kommunal-

politik sichtbar zu machen, der vielen Bürgern als Nicht-Facebook-Nutzern bisher verborgen war. Einer, der in seinen Facebookgruppen in einer

Sprache solche Inhalte postet, die nach meiner Auffassung auch der konservativste Bürger nicht mehr gutheißen kann.“



Wenn es auch keine rechtliche Handhabe gibt: Jochen Bilstein (SPD) will nicht lockerlassen im Fall Rehse. Foto: Roland Keusch

Es sei eben nicht so, wie sich ein Rüdiger Bornhold von der WNK/UWG Politik vorstelle. Bornhold hatte Anfang der Woche eine Stellungnahme abgegeben. Bilstein: „Auf der einen Seite die Kommunalpolitik und jenseits davon die andere Politik, wozu Flüchtlings- und Migrationsthematik gehören, so ist es nicht Auch wenn wir uns in Rat und Ausschüssen mit Themen befassen, die unsere Stadt betreffen, so stehen jeder Politiker und jede Partei für das Ganze in der Politik. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus enden nicht an den Stadtgrenzen.“

Dass er als Fraktionsvorsitzender gelegentlich auch mit der WNK/UWG Mehrheiten gebildet habe, stimme. Mit diesem Widerspruch müsse er leben. „Wenn man den Auftrag der Wähler ernst nimmt und sich um Mehrheiten zur

Durchsetzung wichtiger Rats- oder Ausschussbeschlüsse für Wermelskirchen bemüht, dann muss man auch mit einer WNK sprechen, die im Übrigen nicht nur aus Herrn Rehse besteht.“

Bilstein: Öffentliche Äußerungen stehen nicht unter Schutz

Es gehöre zum Repertoire der Kreise, die „Meinungen wie Herr Rehse vertreten“, den Kritikern einen Angriff auf ihre Meinungsfreiheit vorzuwerfen. „Das hat man auch nach Veröffentlichung unseres Antrags getan. Dabei sollte doch jedem einigermaßen Vernunftbegabten klar sein, dass nur Gerichte einen Eingriff in die Meinungsfreiheit vornehmen können.“ Das bedeute jedoch nicht, dass öffentliche Äußerungen unter Schutz stehen. Das gelte erst recht für einen Politiker mit Mandat.

DIE WOCHE

Fremdenfeindliche Haltungen haben im Stadtrat nichts zu suchen

Von Anja Carolina Siebel

Der Fall Henning Rehse erregt derzeit die lokalpolitischen Gemüter. Wie berichtet, hatte der WNK/UWG-Fraktionsvorsitzende besonders mit einer Äußerung im sozialen Netzwerk Facebook scharfe Kritik geerntet: Er schrieb, dass es bei den Schiffs-Rettungsaktionen im Mittelmeer ausschließlich darum gehe, dass „bestimmte Kreise Menschen um jeden Preis nach Deutschland holen wollen, um hier und in Europa in ihrem Sinne die Zusammensetzung der Bevölkerung zu verändern.“ Nun steht fest: Ein Fall für den Rat ist Rehse's Äußerung nicht.

Aber es ist gleichwohl ein Diskurs, der zu Recht geführt wird. Denn der Kommentar ist nicht nur fragwürdig, sondern auch diffamierend. In der öffentlichen Facebookgruppe, in der Rehse als Moderator agiert, gibt es einige solcher öffentlich getätigter Äußerungen. Auch von anderen Politikern, die auf kommunaler Ebene für Wermelskirchen arbeiten. So schreibt Ratsherr Jan Paas (WNK/UWG): „Mich würde mal interessieren, wie viele Flüchtlinge Frau Rackete bei sich aufgenommen hat.“ Henning Rehse bezeichnet seine Ratskollegen von der Grünen-Partei in einem anderen Post bei Facebook als „grüne Speichel-

lecker“. Das ist haltloses, schnippisches Anfauchen, das man durchaus als Hetze bezeichnen kann. Konstruktiv ist daran nichts. Und mehr noch: Wer die von Rehse moderierte Seite „Politik für Wermelskirchen, Deutschland und die Welt“ genauer anschaut, dem kann angst und bange werden. Es wimmelt von Beschimpfungen Grüner und SPD-Politiker, die weit über konstruktive Kritik an einer politischen Haltung hinausgehen. Rehse ist ein fähiger Ortspolitiker mit viel Fachkenntnis. Aber das alles sprengt den Rahmen der immer wieder von ihm und seinen Fraktionskollegen eingeforderten politischen

Meinungsfreiheit. Der Vorschlag Dr. Christian Klickis (CDU), das Thema im Ältestenrat oder in anderen Gremien zu diskutieren, sollte deshalb zumindest aufgegriffen werden. Denn eine fremdenfeindliche Haltung hat in einem Stadtrat nichts verloren. Zumindest nicht in einem guten.

*

Die Situation im Dabringhauser Dorfpark ist weiter Gesprächsthema. Diese Woche trafen sich jene Anwohner, die 480 Unterschriften wegen Lärmbelästigung und Vandalismus dort gesammelt hatten, mit Bürgermeister Rainer Bleek. Das Gespräch bewerte-

ten beide Seiten als konstruktiv. Zumindest will die Stadtverwaltung am Park jetzt Schilder aufstellen lassen, auf denen klar darauf hingewiesen wird, dass Lärm nach 22 Uhr verboten ist. Zudem versprach Bleek, nach einer Alternative für den Aufenthalt der Jugendlichen zu suchen. Er könne sich vorstellen, Bänke auf dem Parkplatz am Friedhof aufstellen zu lassen. Klingt alles vielversprechend. Letztlich muss aber recht bald etwas geschehen. Denn die Situation ist schon lange unbefriedigend für alle Beteiligten, auch für die Jugendlichen. Möglicherweise kann auch der von der Stadt in naher Zukunft einge-

stellte Streetworker etwas ausrichten. Wichtig ist, dass Ruhe in die Sache kommt. Und das geht nur, wenn möglichst schnell gehandelt wird.

TOP Die Kinderstadt ist in vollem Gange, und alle haben eine Menge Spaß an der Katt.

FLOP Rowdy hinterm Gurt: Wieder sucht die Polizei die Zeugen wegen Unfallflucht.



anja.siebel
@rga-online.de

ANALYSE Das Thema Seenotrettung und Flüchtlingspolitik ist plötzlich ein Thema in Wermelskirchen. Auslöser ist ein Satz, den Henning Rehse auf Facebook postete. Jochen Bilstein (SPD) fordert eine Rüge durch den Stadtrat. Dazu hat dieser aber kein Recht.

Stadtrat ist kein Spielball für Fehden

DM
25.07.2019

Mitten ins vermeintliche Sommerloch und während der Sitzungspause der Politik brach ein Streit herein, der nicht auf der kommunalpolitischen Bühne spielt, aber zu dem bundespolitischen Thema „Seenotrettung für Flüchtlinge“ eine entscheidende Frage aufwirft: Kann der Stadtrat einen Politiker für eine Aussage rügen, die viele als „fremdenfeindlich“ einstufen?

Konkret: Darf der Stadtrat Henning Rehse von der WNKUWG ((Wermelskirchener Neue Kommunalpolitik – Unabhängige Wählergemeinschaft) für seine Aussage rügen, die er auf Facebook zum Flüchtlingsthema gepostet hat? Eine Aussage, die weder im Zusammenhang mit einer kommunalpolitischen Diskussion steht, noch ein lokalpolitisches Thema aufgreift. Ohne den Inhalt zu bewerten: Nein, der Stadtrat hat dazu wohl kein Recht. Der Antrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Jochen Bilstein ist unzulässig. Der Rat besitzt mangels gesetzlicher Grundlage in der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen kein Rügerecht, so dass zu Beginn der Ratssitzung der vorgeschlagene Tagesordnungspunkt vom Rat abgesetzt werden müsste. Das ergab eine Recherche dieser Zeitung. Zudem: Henning Rehse hat



Flüchtlinge auf dem Mittelmeer – kein lokalpolitisches Thema, aber diskutiert wird vor Ort trotzdem.

FOTO: IMAGO IMAGES

das Recht auf freie Meinungsäußerung. Es ist ein hohes Gut, eine Demokratie muss diese generell aushalten.

Ausgerechnet in einer Zeit, in der das politische Geschäft ruht, geht es um solche Grundsatzfragen. Unsere Redaktion hat ganz bewusst Zurückhaltung bei dem nicht-lokalen Thema geübt. Sie hat sich aber auch nicht zur Plattform für einen Schlagabtausch machen lassen, der sich online abspielte, nicht in Sitzungsälen und nicht im öffentlichen Gespräch.

Noch einmal: Es geht um ein bundesweites, um ein weltpolitisches Thema. Und die Redaktion wählt – nicht zuletzt im nahenden Kommunalwahlkampf – aus, wie sie berichtet. Nicht alles, was über die so-

zialen Medien gepostet wird, landet automatisch im Blatt. Selbst wenn sich vielen die Nackenhaare sträuben mögen bei dem Satz von Henning Rehse: „Es geht (bei dem Einsatz von Rettungsschiffen, Anmerk. der Red.) ausschließlich darum, dass bestimmte Kreise Menschen um jeden Preis nach Deutschland holen wollen, um hier und in Europa in ihrem Sinne die Zusammensetzung der Bevölkerung zu verändern.“

Es ist eine freie Meinungsäußerung, über die Außenwirkung muss sich der Autor Gedanken machen. Henning Rehse sagt, er habe die Aussage als Privatmann gepostet, nicht als Ratsmitglied, also abseits jedweder Funktionen und Gremien. Im Übrigen, was wäre denn,

wenn der Stadtrat auch zu anderen Tweets und geposteten Aussagen von Mandatsträgern zu globalen Themen Stellung beziehen und Rügen erteilen sollte?

Für Jochen Bilstein, SPD-Fraktionsvorsitzender und engagierter Ehrenamtlicher in der Flüchtlingsinitiative Wermelskirchen, ging dieser besagte Satz entschieden zu



weit. Henning Rehse vertrete damit eindeutig eine der Kernthesen der identitären Bewegung, die gerade vom Bundesamt für Verfassungsschutz unter Beobachtung gestellt werde. Bilsteins Reaktion, der Antrag an den Stadtrat, Rehse zu rügen, ist aus Sicht vieler engagierter Ehrenamtlicher nachvollziehbar. Dass sie sich zu wehren versuchen, verständlich. Aber am Ende bleibt es bei einem Schlagabtausch.

Rein juristisch betrachtet, gibt es keine Handhabe, das ergab eine Anfrage bei einer Rechtsanwältin: Im Zusammenhang mit dem freien Mandat hat Henning Rehse insbesondere das Recht zu einer gegenüber der Gemeinde und ihrer Politik kritischen freien Meinungsäußerung. Außerhalb von Ratssitzungen

ist seine Aussage zudem (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 Hs. 1 GG) grundrechtlich geschützt. Dies gilt auch für den Fall, dass er seine Äußerung unter den Facebook-Namen „Henning Rehse - Freie Wähler NRW“ postete.

Es handelte sich hierbei zudem um keine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft, das heißt um eine Äußerung gegenüber der Gemeinde und ihrer Politik. Die Äußerung bezieht sich nicht auf die Flüchtlingspolitik der Gemeinde, sondern auf die Flüchtlingspolitik im Allgemeinen.

Im August wird sich der Ältestenrat in nicht-öffentlicher Sitzung mit dem Antrag Bilsteins befassen – vermutlich nach genauer juristischer Prüfung der Kompetenzen des Stadtrats.